

... an jedem Bes...

... Bestellungen nehmen...

... den 28. März...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

gegründet 1826

Preis pro Jahr 20

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk...

... wird diese Woche...

Telegraphen-Adresse: Gesellschaft Nagold
Postfachkonto: Stuttgart 5113

Nr. 74

Montag den 29. März 1920

94. Jahrgang

Deutsches Reich.

Präsidentenwahl in Baden.

Karlstraße, 26. März. Der Landtag nahm heute vor Eintritt in die Osterferien die verfassungsmäßige Wahl des Staatspräsidenten vor. Es wurden einstimmig der bisherige Staatspräsident Weiß und als sein Stellvertreter Justizminister Trunk gewählt.

Gratulanten.

Berlin, 26. März. Wie wir erfahren, haben der dänische und der schwedische Gesandte in Berlin der deutschen Regierung die Glückwünsche ihrer Regierungen zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes ausgesprochen. (Im Hinblick auf die Vorgänge im Ruhrgebiet u. bei der Kabinettsbildung in Berlin sind diese Glückwünsche die reinste Satire.)

Danzig.

Danzig, 26. März. Die unabhängige und die kommunistische Partei fordern für heute nachmittag zu einer Demonstrationssammlung auf dem Heumarkt auf, in der zu den Vorgängen in Deutschland Stellung genommen werden soll. Der Oberkommissar Sir Reginald Lamer erließ daraufhin durch Kommandant eine Warnung, in der er bekannt gibt, daß er etwaigen Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit mit allen Mitteln entgegenzutreten müsse. Der Abhaltung öffentlicher Versammlungen steht nicht entgegen und das freie Wort sollte auch niemanden beschränkt werden. Lamer ermahnt die Teilnehmer der Versammlung, sich jeder öffentlichen Aufhetzung zu enthalten.

Ein deutsch-polnischer Zwischenfall.

Danzig, 26. März. Wie die Blätter melden, kam gestern Abend am Bahnhof Hohenstein ein Zwischenfall zwischen einem polnischen Soldaten und einer deutschen Gendarmarinie. Ein von Berlin kommender Zug traf mit 15 polnischen Soldaten unter Führung eines Leutnants in Hohenstein ein, die nach Pleschan wollten. Der Leutnant wollte eigentlich über Siedlitz-Bohn, Starogard gehen, um nicht das Freistaatsgebiet zu berühren. Das polnische Militär begab sich in die Warterräume. Der sich dort aufhaltende Ortsgendarm sah, machte den polnischen Offizier auf das Wasserwerter für polnische Soldaten im Freistaatsgebiet aufmerksam. Der Offizier weigerte sich jedoch, dieser Forderung Folge zu leisten, worauf sich ein Wortwechsel entspann, in dessen Verlauf es zu einer Schlägerei kam. Der Gendarm wurde dabei schwer verwundet, auf polnischer Seite zwei Mann gerötet u. zwei weitere schwer verwundet. Inzwischen wurde vom Bahnhof Hohenstein Hilfe von der Sicherheitswehr in Danzig angefordert, die auch sofort ein Kommando nach Hohenstein entsandte. Auch der Bahnhof in Pleschan erhielt telephonisch Kenntnis von dem Vorfall und schickte einen Zug mit Verbandsmaterial sowie zur Abholung des polnischen Militärs. Der Gendarm soll bereits seinen Wunden erlegen sein. Ebenso sollen die schwer verwundeten polnischen Soldaten noch gestorben sein, jedoch die Gesamtzahl der Todesopfer fünf betragen dürfte. Die vorgenannten omittierten Feststellungen über die Schuldfrage sowohl von deutscher, wie auch von polnischer Seite sind noch nicht abgeschlossen.

Nebergriffe der interalliierten Kommission.

Allenstein, 26. März. Die interalliierte Kommission hat den Oberbürgermeister Jählich und den Polizeireisenden Kommandeur der Sicherheitspolizei in Allenstein Major Obenturg, wegen Ungehorsams vom Amte suspendiert und ausgewiesen.

Befegung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark.

Kopenhagen, 26. März. Wie die Zeitungen aus Kopenhagen melden, hat die interalliierte Kommission dem Ansuchen des dänischen Ministers für Schleswig Donsen zugestimmt, daß Dänemark die erste schleswigsche Zone bis zur sogenannten Clausenschen Linie mit Militär- und Zivilbehörden besetzt. (Die Meldungen über die innere Krise Deutschlands finden die Leser auf der zweiten Seite.)

Ausland.

Die französischen Kammerdebatten über die auswärtige Politik.

Paris, 25. März. Die französische Kammer war nachmittags vier Uhr in die Verhandlung der vorliegenden 14 Interpellationen über die auswärtige Politik eingetreten. Das Haus ist gut besetzt. Zuerst erhalt das Wort Abg. Louis Barthou, der damit beginnt, er wolle den Ministerpräsidenten nicht für Irrtümer verantwortlich machen, die nicht die seinigen seien. Der Glaube des Publikums an die Güte des Friedensvertrages habe abgenommen. Das läßt von dem Widerstand, den Deutschland der Ausführung des Friedensvertrages entgegensetze und von den unvorhergesehenen Schwierigkeiten, die Frankreich bei seinen Alliierten und seinen Freunden erfahre. Es sei Aufgabe der Kammer, das Minimum von Garantien zu verlangen, das der Friedensvertrag enthalte. Er habe Deutschland verpreußt und zwar unter Bedingungen, die es nach 1871 nicht gefandt habe. (Weifall.)

Staaten wie Bayern hätten keine diplomatische Vertretung mehr und der Vertrag habe die diplomatische und militärische Einheit Deutschlands gefährdet. Es wäre eine Dummheit und eine Unmöglichkeit, Deutschland vernichten zu wollen. Man müsse Deutschland gegenüber die Politik der Billigkeit betreiben, die in den Friedensvertrag eingeschrieben sei. Das müsse man nun aus Berechtigung und aus Interesse. Die Alliierten wünschten, daß Deutschland gebehe wie die anderen Völker, vorausgesetzt, daß ein Teil dieses Wohlstandes dazu diene, die Schäden, die es verursacht habe, wieder auszumachen. Er habe das Recht, festzustellen, daß die Regierung, die den Friedensvertrag im Namen Deutschlands geschlossen habe, alles getan habe, um sich der Ausführung zu entziehen. Er bedauere, daß von Seiten gewisser Alliierten gewisse Willkürungen des Vertrages gekommen seien, namentlich in Betreff der Verfolgung der Beschuldigten. Alle Alliierten und in Frankreich alle Parteien könnten die Aburteilung des Kaisers verlangen. Die moralische Notwendigkeit dieser Gerechtigkeitspflicht nicht von Frankreich ausgegangen, sondern von jenem des Kanals. Habe England die Aburteilung von Admiralen, wie Tirpitz und Capelle, verlangt? Sei England es gewesen, das die Folgen des Ubootkrieges, dieser Barbarei, zu erdulden gehabt habe? Seien nicht neun der französischen Departements zerstört und gemartert worden. Habe Frankreich nicht die gleichen Rechte, zu fordern, wie England? Seien nicht von den Sozialisten der französischen Kammer aus die heftigsten Proteste gegen die Deportierungen in den Norddepartements erhoben worden? Habe Frankreich nicht die gleichen Rechte, wie England die Auslieferung der verabschiedungswürdigen Generale zu verlangen, die die Deportierungen befohlen hätten. Während mehr denn einem Jahr hätten die energischen der Alliierten, die in Anbetracht der Entwaffnung u. Auslieferung gestellt worden seien, die Unterzeichnung der offiziellen Regierung getragen. Die Konzeptionen trügen die Unterschrift der englischen Regierung.

Paris, 27. März. Bei der Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik der Kammer forderte in der Kammer der Sozialist Gachin die Anerkennung der Sowjetrepublik und die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und Polen. Er sprach die Befürchtung aus, daß Konstantinopel und die Meerengen eine Beute Englands würden und kritisierte die französische Politik gegenüber der Türkei. Er verurteilte die Entsendung von Truppen nach Syrien, wozüber das Parlament gar nicht befragt worden sei. Bezüglich des Versailleser Friedensvertrages sagte Gachin, seine Partei werde die Regierung unterstützen, aus Deutschland an Wiedergerummachung herauszugeben, was im Rahmen des Möglichen liege, aber darüber hinausgehen, sei unnützig. Vor allem müsse man Deutschland in Stand setzen, zu bezahlen. Millerand erwiderte dem Vortredner, daß die Alliierten überlegen gekommen seien, die Sowjetregierung nicht anzuerkennen. Diese erkenne die nationale Souveränität wohl mit Worten, aber nicht mit der Tat an. Wenn französische Kaufleute und Industrielle gleich den amerikanischen und englischen sich über die Lage Rußlands und die Zukunftsmöglichkeiten unterrichten wollten, so würden sie die Unterlegung der Regierung finden. Die Alliierten wollten eine lebensfähige Türkei. Dieses Ziel sei wohl vereinbar mit der Freiheit der Westengen und der Wahrung der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Frankreichs in der Türkei, die von größter Wichtigkeit seien. — Bezüglich des Versailleser Friedensvertrages sagte der Ministerpräsident, Deutschland habe versucht, sich den Verpflichtungen des Friedensvertrages zu entziehen, so hinsichtlich der Auslieferung der Schuldigen. Zu ihrer Rote vom 14. 2. haben die Alliierten dies bekräftigt, weit davon entfernt, irgend eines ihrer Rechte aufzugeben, die ihnen laut Art. 228 und 230 des Vertrages zustehe. Auch in der Frage der Kohlenlieferungen müsse er betonen, daß diese nicht erfolgt seien. Die Wiedergutmachungskommission sei mit der Angelegenheit betraut worden. Weiter habe Deutschland sich den Verpflichtungen bezüglich seiner Entwaffnung entzogen und es habe erreicht, daß die für April vorgelebene Stärke von 100 000 Mann auf den 10. 7. d. J. hinausgeschoben worden sei. Die Kontrollkommission habe festgestellt, daß Deutschland nichts unternommen habe, um seine bewaffnete Macht zu reduzieren. Es habe sich vielmehr dieser durch den Vertrag beanstandeten Reduktion widersetzt. Es habe sogenannte Polizeitruppen geschaffen, die aber nichts weiter seien als Reserven, die durchaus dem Geiste des Vertrages widersprächen. Es handle sich auch in dieser Frage um eine offensichtliche Verletzung der Vertragsbestimmungen. Hinsichtlich der Kohlenlieferungen sei Deutschland auch vor Ausbruch der Unruhen im Ruhrrevier seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Infolge der Angriffe auf die Kontrollkommission und des Militärschusses vom 13. d. Mts. habe diese Kommission vorerst ihre Tätigkeit einstellen müssen. — Wegen der Angriffe auf die alliierten Offiziere in Berlin und Bremen habe Marschall Foch den Alliierten einen Vorschlag unterbreitet, der Wiedergutmachung, sowie neue Garantien gegen eine Wiederkehr solcher Ereignisse verlange. Bezüglich der Entsendung von deutschen Truppen in die neutrale Zone des

Ruhrgebiets fragte Millerand, wer denn den Alliierten Sicherheit gebe, daß die deutschen Truppen nach Wiederherstellung der Ordnung die neutrale Zone wieder verlassen würden. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident die unbedingte Notwendigkeit der Durchführung der Vertragsbestimmungen. Die Lage sei schwierig und diese Schwierigkeiten forderten eine einheitliche Front der Alliierten gegenüber dem deutschen Versuch, sich den vertraglichen Bestimmungen zu entziehen. Er werde Bedacht nehmen auf die Erfüllung dieser Bestimmungen und sei sicher, daß auch die Alliierten diese Sorge der französischen Regierung teilten. Die Erklärungen Lloyd Georges im Unterhaus ließen die Annahme als berechtigt erscheinen, daß feste Entschlüsse bevorstünden. — Die Kammer, die der Rede des Ministerpräsidenten Beifall spendete, vertagte darauf die weitere Aussprache.

Bern, 26. März. Wie der Basler Vertreter des Berner „Bund“ meldet, herrschte in den Wandelgängen der französischen Kammer nach der zweistündigen Rede Barthous der Eindruck, daß Barthou vielleicht etwas zu weit gegangen sei und im Sinne Miquiths gearbeitet habe, der für die Revision des Friedensvertrages sei, die Barthou verbindlich wolle. Als Millerand später von der Bundesversammlung sprach, hatte er den Beifall derselben Kammer, die eine Stunde zuvor Barthou applaudierte. Allgemeines Schweigen herrschte, als Barthou dann erklärte, es sei an Recht, ein freies Wort zu reden.

Unterhaus-Debatten über die allgemeine Lage.

Amsterdam, 26. März. Telegramm meldet aus London: Miquith eröffnete gestern im Unterhaus die Debatte über die allgemeine Lage in Europa. Er bat die Regierung um Auskunft über die Lage in Deutschland. Hierauf besprach er die türkische Frage und befahte sich mit der durchsichtigen Lage in Oesterreich, wo die Krankenhäuser schon seit Monaten ohne Medizin, die Wohnungen ohne Brennstoff und die Kinder ohne Schuhwaren seien. Zum Schluß wies Miquith auf die Notwendigkeit, denormaligen Feinden, Deutschland inbegriffen, wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage sind, den angerichteten Schaden zu vergüten. — Lloyd George sagte, es sei ein Glück und zwar nicht allein für Deutschland, daß der monarhistische Versuch mißglückt sei. Die Schwierigkeiten in der Lösung der türkischen Frage erklärte er mit der Tatsache, daß Wilson im vergangenen Sommer darum ersucht habe, mit der Übung zu warten, bis er die Amerikaner darüber befragt habe. Es sei schwierig, Konstantinopel unter internationale Verwaltung zu stellen. Das Verprechen, daß der Sultan im Besitz der Stadt bleibe, wenn die Christenmorde aufhören, übt einen großen Einfluß aus. Solange aber keine Ruhe und Ordnung in diesem Land herrsche, habe das alles keinen Zweck. Im weiteren Verlauf seiner Rede setzte sich Lloyd George ausdrücklich für Frankreich ein, das diesen Krieg nicht gewollt habe. Lloyd George wies darauf hin, daß gar kein Grund dafür bestehe, eine Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Er sagte, dem Versailleser Vertrag zufolge könne Deutschland selbst eine Festigung des angerichteten Schadens von der Entschädigungsumme, die zu verfallen es im Stande sei, vornehmen. Bisher habe dies Deutschland noch nicht getan. Wenn Deutschland Kredit nötig habe, dann solle es anfragen, wie viel. Wenn die Sache Deutschlands gerecht sei, dann werde sie erwogen werden. (Die Glocke.)

London, 26. März. Lloyd George äußerte in einer Rede: Deutschland muß die Schäden wieder gutmachen, die es verursacht hat. Um dies zu ermöglichen, sind die Vertreter Großbritanniens stets bereit, jeden gerechten und vernünftigen Vorschlag Deutschlands entgegenzunehmen, um die zur Wiederherstellung seiner Industrie erforderlichen Kredite zu erhalten. Wenn Deutschland den letzten Willen zeigt, die durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, so kann es darauf zählen, auf vernünftige und hochherzige Art behandelt zu werden. Dies wäre das beste Mittel, um den Frieden in Europa und gute Beziehungen unter allen Nationen wiederherzustellen.

Der Ausbruch der kanadischen Flotte.

Ottawa, 26. März. Wie der „Nieuwe Courant“ aus Ottawa meldet, teilte der kanadische Marineminister im Parlament mit, daß Kanada Englands Anerbieten betreffend die Abtretung von Stengern und Torpedobootszerstörern an die kanadische Flotte annehme. Die kanadische Flotte solle reorganisiert und die im Dienste des britischen Reichs stehenden kanadischen Offiziere zurückberufen werden.

Kabinettswechsel in der Türkei.

Konstantinopel, 26. März. (Reuter.) Das Kabinettsamt Pascha ist zurückgetreten. Damad Ferid Pascha wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut.

Vorbereitende Finanzkonferenz.

Kopenhagen, 26. März. Wie „Lidens Tegn“ aus Christiania erfährt, wird Ende ds. Mts. in Kopenhagen eine vorbereitende Konferenz über die Kreditgewährung in Mitteleuropa stattfinden, woran Vertreter der dänischen, schwedischen und norwegischen Regierung, sowie der Direktor des englischen Kreditwesens teilnehmen werden.



Zur inneren Lage.

Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung des Industriegebietes.

Berlin, 26. März. Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung von Rheinland und Westfalen einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Der Aufschlag der Reaktion ist zurückgewiesen. Jetzt müssen wir nicht ganz verleitend, Staat und Wirtschaft schnellstens wieder in den normalen Stand zurückgeführt werden. Die jetzt noch im Westen befindlichen Truppen und deren Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Um weiteres unnützes Blutvergießen zu verhindern, haben zwei Minister an den Verhandlungen in Bielefeld mit Vertretern aller Parteien teilgenommen. Arbeitstruppen haben unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichspolizeitruppen in Bielefeld angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch muß die schwerste Gefahr für das Ruhrgebiet und für das ganze Vaterland heraufbeschwören. Wir fordern alle besonnenen Arbeiter auf, jede Kampfhandlung einzustellen. Noch jetzt weiterkämpfende Arbeitstruppen müssen mit militärischen Mitteln zur Ordnung zurückgebracht werden.

General Seeck über die Lage.

Berlin, 26. März. Der neuernannte Militärbevollmächtigte Generalmajor Seeck äußerte sich in einer Ansprache mit einem Vertreter des Berliner Tageblattes über die nach dem Zusammenbruch des Rapp'chen Unternehmens getroffenen Maßnahmen. Er stellte fest, daß er die bolschewistische Gefahr in Berlin anlässlich überschätzt habe. Sehr ernst sei die Situation im Ruhrgebiet. Die Bielefelder Verhandlungen seien zwecklos gewesen. Mit den wirklich wichtigen Elementen, den Kommunisten sei gar nicht verhandelt worden. Solange wir das Meer in seiner jetzigen Gestalt hätten, müsse es wenigstens aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt werden. Arbeiter und Bürger müßten dabei sein. Offiziere und Truppen solle man nicht politisieren. Aber man müsse sie dahin anleiten, daß für Deutschland nur eine ruhige demokratische Entwicklung möglich sei. Nur eine solche Entwicklung in Deutschland könne dem Reich eine Achtung gebietende Stellung in der Welt wieder verschaffen.

Eine Erklärung des Hagenener Aktionsausschusses.

Münster, 26. März. Dem Reichskommissar ist folgende Erklärung des Hagenener Aktionsausschusses in Hagen zugegangen. Der Aktionsausschuss in Hagen erkennt die von der Weisungskommission in Bielefeld aufgestellten Richtlinien an. Sämtliche Aktionsausschüsse werden aufgefordert: 1) eine gleiche Erklärung abzugeben, 2) für die Durchführung dieser Bedingungen Sorge zu tragen, 3) die wahren ungescheiterten Beschlagnahmen, insbesondere von Lebensmitteln, im Interesse der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung unbedingt zu unterlassen. Nur so wird es möglich sein, weiteres Blutvergießen zu verhindern und unerwünschtes Unheil von dem Ruhrgebiet und dem ganzen Reich abzuwenden. (Sieg.) Ludwig Girdes, Glogowski.

Das letzte gerade noch!

Berlin, 27. März. Circa 1000 Betriebsräte der U.S.P.D. und der R.P.D. nahmen gestern in einer Versammlung zu der gegenwärtigen Lage Stellung und forderten die schleunigste Einberufung eines Reichsrätekongresses.

Militärrevolte in Oslaw.

Berlin, 27. März. In Oslaw hat die Garnison die Kommandantur mit Maschinengewehren und Minenwerfern umstellt und die Offiziere verhaftet. Bei der Verhaftung erschloß sich ein Hauptmann.

Die Lage in Sachsen.

Leipzig, 26. März. In Reimschhausen hat sich ein zehnköpfiger im Gegensatz zur sächsischen Regierung stehender Aktionsausschuss gebildet. Seit Donnerstag ist dort die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Bezahlung der Streiktagelöhne wurde erzwungen. In Grimma wurde eine bewaffnete Bande von 8 Mann, der es in der Nacht gelungen war, in die Kaserne einzudringen, nach kurzem Feuergefecht verjagt. Auf Seiten der Truppen gab es keine Verluste.

Gleiches Recht für Alle!

Berlin, 27. März. Eine Reihe von Organisationen, darunter der Hausfabrik, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Bund der Handwerker, der Reichsausschuss der akademischen Berufsstände, das Kartell der freien technischen Berufe, der Bund der Landwirte usw. haben dem Reichspräsidenten eine Kundgebung überreicht, in der sie u. a. Gleichstellung mit den Gewerkschaften, Beamten und Angestellten, sowie die Ablehnung jeder Maßnahme fordern, die auf die Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinführt.

Verflechtung der Lage der „roten Armee“.

Hagen, 27. März. Alle roten Truppen aus dem Kreise Hagen-Stadt und Land sind aus der Front bei Bielefeld und der Front bei Lünen zurückgezogen worden. Die Regierungstruppen, die sich zuletzt auf dem Vormarsch befanden, sind auf Vorstellung des Hagenener Aktionsausschusses ebenfalls zurückgezogen, jedoch jetzt bei Lünen vollständige Ruhe herrscht. Gelächert wird noch im Abschnitt Bielefeld. Hier hat sich die Lage mittlerweile zu Ungunsten der „roten Armee“ verschoben, weil die Regierungstruppen sich mit Panzerautomobilen bis südlich der Lippe vorgeschoben haben. Die Arbeiterführer, die sich bis gestern abend widersetzten, haben beschlossen, ihre Truppen auf das linke Lippenufer zurückzuführen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der Sonderberichterstatter des Neuen Tagbl. meldet aus Essen vom 26. März:

Nach einer nicht eben angenehmen Fahrt bin ich ohne Zwischenfall nach Essen gelangt. Der Uebergang in das aufständische Gebiet ist überhaupt nicht zu bemerken. Auf den Bahnhöfen hält rote Garde Schilddache. Sonst sieht man keinerlei Veränderung. Das Wirtschaftsleben ist nach wie vor im Gange. Restaurationen und Vergnügungstätten sind geöffnet. Die Arbeiterschaft hat die Gewalt völlig an sich geworfen, aber sie aber vorläufig noch nicht in der Exekutive aus. Es ist also noch nicht reiner Bolschewismus, sondern eher eine Vorprobe. Man begnügt sich vorläufig, die Macht zu besitzen, behält sich vor, sie anzuwenden, wenn man den

Zeitpunkt dazu für geeignet hält. In den Rathäusern der einzelnen Städte haben sich sogenannte Arbeitervollzugsausschüsse gebildet, welche eine Art Kontrolle über die Maßnahmen der städtischen und staatlichen Behörden üben, auch Verfügungen erlassen, wie sie durch die jeweilige Lage erforderlich werden, beispielsweise Lebensmittelregulationen, die in den Restaurationen, aber auch in Privathäusern vorgenommen werden. Für das ganze Ruhrgebiet ist von den Arbeiterräten ein Alkoholverbot erlassen worden, welches streng durchgeführt wird, nur das Bier ist ausgenommen. In allen Soldaten werden Verbungen für die rote Armee eifrig betrieben. Die Macht der Vollzugsausschüsse beruht auf der roten Garde, welche innerhalb der Stadt Posten verteilt hat und alle wichtigen Punkte besetzt hält. Es wird dabei offenbar nach einem einheitlichen Plan verfahren und die ganze Bewegung ist überaus gut organisiert. Die roten Gardestellen, die meistens Zivilkleider tragen, sind mit Gewehren und vielfach auch mit Revolvern bewaffnet. Sie erhalten 40 M Tagelohn und freie Verpflegung. Kein Wunder, daß die Anmeldungen zahlreich sind. Um das ganze Gebiet im Norden und Nordwesten zieht sich der Frontgürtel. Besondere Aktionen wurden heute von der Front nicht gemeldet. Doch ist von einem Waffenstillstand keine Rede. Der von den Arbeiterräten zur Prüfung der Bielefelder Beschlüsse eingesetzte Bezirksrat der revolutionären Arbeiter, welcher die höchste Instanz der Sowjets von Rheinland-Westfalen einnimmt, hat nach längerer Beratung beschlossen, die Bielefelder Beschlüsse nicht anzuerkennen und neue Garantien zu fordern, da man die Bielefelder Beschlüsse noch nicht als endgültig betrachten könne. Als Garantie wurden von der Regierung folgende sechs Forderungen gestellt:

Die Arbeiterschaft behält vorläufig ihre Waffen; die Bildung von Arbeiterwehren auch in Angriff genommen werden; Die Front der Kampftruppen bleibt bestehen, jedoch wird eine Demarkationslinie nach Vereinbarungen mit beiden Seiten gezogen; Der Waffenstillstand, der bisher nur von Seiten der Kampftruppen beobachtet wurde (?), wird für beide Seiten für verbindlich erklärt; Die hier gestellten Bedingungen werden auf das ganze Reich ausgedehnt; Falls die Regierung nicht diesen Forderungen nachkommt, wird der Generalkrieg von neuem proklamiert. Die Regierung müsse die Erklärung ihrer Abgeordneten auch für sich als verbindlich annehmen.

Es soll auf Grund dieser neuen Forderungen, welche von dem Bezirksrat aufgestellt wurden, erneut mit den Vertretern der Reichsregierung verhandelt werden. Der östliche Teil des Ruhrgebietes von Hagen und Umgebung war general, die Bielefelder Beschlüsse anzuerkennen. Der stürmische Widerstand kommt von den Arbeitern im Norden, besonders aus der Gegend von Mülheim und hat vermocht, die drei sozialistischen Parteien wieder zusammenzuführen. Es ist wohl möglich, daß die Nachricht vom Eintritt des Radikalen Bauer auf die Beschlüsse des Bezirksrates ermutigen im Sinne weiterer Forderungen gewirkt hat.

Gesamtaktion des Bolschewismus?

Amsterdam, 26. März. Die Telegramme aus London melden, vermutet man dort, daß ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den belagerten Angriffen des russischen Bolschewistenheeres an der polnischen Front besteht. Der Warschauer Korrespondent der Times meldet: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 560 Kilometern dauert an. Die Angriffe im Wolyn-Gebiet sind wieder aufgenommen worden und noch weiter südlich wird heftig gekämpft.

Heraushebung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung.

Die Nationalversammlung wird in allerhöchster Zeit eine Verordnung über Heraushebung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung verabschieden. Damit soll dringenden Wünschen der Versicherer und der Krankenkassen Rechnung getragen werden. Die Grundlöhne, nach denen sich die Beiträge u. Leistungen der Krankenkassen richten, fanden bisher ihre Grenze in einem Höchstbetrag von 10 M. Wurde der Versicherte arbeitsfähig, so konnte er höchstens ein tägliches Krankengeld von 7,50 M (in Stuttgart 65 %) des Grundlohns = 6,50 M erhalten. Man lenkt es jedem Menschen ein, daß bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Krankengeld von höchstens 7,50 M völlig unzureichend ist. Die Bestimmungen der Krankenkassen gingen dahin, diese Höchstgrenze auf wenigstens 20 Mark hinauszusetzen. Diesen Wünschen soll nun die neue Verordnung Rechnung tragen. Es ist damit die Möglichkeit gegeben, ein tägliches Krankengeld von 15 M festzulegen. Ob die Krankenkassen 15 M täglich, das sind 75 % des Grundlohns von 20 M leisten können, hängt von ihrer finanziellen Lage ab. Als Regelleistung hat die Reichsversicherungsordnung 50 % des Grundlohns festgelegt, das wären also im vorliegenden Fall täglich 10 M Krankengeld. Eine sparsame Inanspruchnahme von Arzt und Apotheke, sowie ein Krankengeldbezug nur während der wirklichen Arbeitsunfähigkeit, würde es den Krankenkassen ermöglichen, mit dem Krankengeld über diese Regelleistung von 50 % des Grundlohns hinauszugehen.

Die bisherigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes legten der Versicherungspflicht der Angestellten eine Grenze in einem Jahresverdienst von 5000 M. Diese Grenze will die neue Verordnung auf 12000 M festlegen. Die Wünsche der Angestellten sowohl wie auch der würt. Krankenkassen gingen noch weiter; diese wollten die Versicherungsgrenze ganz beseitigt wissen, da es nicht einleuchtet, daß hier ein Unterschied zwischen Handarbeitern und geistigen Arbeitern gemacht werden soll. Die völlige Befreiung dieser Grenze scheitert aber an dem sehr großen Widerstand der Kerne. Solche Angestellten, die mehr als 5000 M Jahresverdienst haben, würden also nach der neuen Verordnung, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 12000 M nicht übersteigt, wieder versicherungspflichtig. Um nun ein weiteres Ausweichen aus der Krankenkasse und einen Wiedereintritt mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung zu verhindern, empfiehlt es sich dringend, von einer Umdeutung dieser Angestellten abzusehen. Bei den derzeit außerordentlich hohen Arztkosten dürfte es sich überhaupt für die Angestellten sehr empfehlen, auch wenn der Jahresarbeitsverdienst 12000 M übersteigt, freiwillige Mitglieder der Krankenkassen zu bleiben.

Vermischtes.

Auswandererberatung. Das Deutsche Auslands-Institut hat die kostenlose Auskunftserteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungsländer der Erde über deren amtliche Verordnungen im Beside Einreise- und Visabestimmungen, Schiffsfahrwege und Verhältnisse, sowie über die Aussichten für jeden einzelnen Beruf im Auslande. Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- u. Auslande vermag sie über Vorteile und Nachteile des Anschlusses an Auswanderer-Vereinigungen und Siedlungs-Gesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Befichtigung zur Verfügung. Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Auslands-Institut erfahren. Vor Aufnahme fester Stellungen und Abschluß von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend die Auskunftsstelle zu Rate zu ziehen.

Folgeschwere HandgranatenerploSION. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, ist der Führer der Sturmkompanie Pfingst-Hartung der Hauptmann v. Pfingst-Hartung, durch eine HandgranatenerploSION getötet worden.

Württembergische Politik.

Württemberg. Landtag.

Stuttgart, 26. März. In der heutigen Abend-sitzung des Landtags erklärte sich Staatspräsident Ploß zur Beantwortung der Anfrage Basile (BR.) betr. der Wahl des Reichspräsidenten bereit, sobald sich die politische Situation einigermaßen geklärt habe. Der Gesandtschaft über den Verkauf des Anwesens Friedrichstraße 24 für Staatszwecke wurde ohne Debatte genehmigt. Der Gesandtschaft, in dem 3 Millionen M zur Beteiligung an der Koderer Schwaben und 10 Millionen M zur Beteiligung des Staats an der Bewertung des bismarckischen Schloßes angefordert werden, befragte Finanzminister Dieckhoff und Bergwerksdirektor v. Hirsch. Gegen die Beteiligung des Staats äußerte der Abg. Wüder (BR.) Bedenken, da der neue Schloßbau fast noch nicht genügend ausprobiert sei, er beantragte statt 10 Millionen M nur 3 Millionen einzustellen und das Verbleibende gegen entsprechende Lizenzgebühren an unbeschäftigte Angehörige, Armentfabriken und Bauunternehmer einzuräumen. Von dem Abg. Scheel (BR.) wurde verlangt, daß der Staat bei der Führung seiner Werke so vorgehe, daß die vorhandenen Werke auch künftig lebensfähig bleiben. Finanzminister Dieckhoff versprach, daß der Staat nichts tun werde, um die kleineren Betriebe zu ruinieren und keine Preisdrückerei vorzunehmen werde. Wüder (BR.) hielt die Bedenken bezüglich der Qualität der Steine nicht für begründet. Die Abg. Wüder wurden gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt, und sodann die Vorlage in allen Punkten gegen die Stimmen der Bürgerpartei angenommen. Der Abg. Dieckhoff (BR.) wurde vom Hause für unzureichend erklärt. Daraus wurde der Gesandtschaft betr. Verkauf des Anwesens Friedrichstraße 24 genehmigt, wonach die Pensionen der auf Beurlaubung des Staates seit der Revolution in den Ruhestand getretenen 65 Jahre alten Beamten so bemessen werden soll, als ob sie nach die Bezüge hätten, die ihnen nach dem 1. April 1920 zugekommen wären. Finanzminister Dieckhoff bestätigte, daß auch die Lehrer unter das Gesetz fallen. Auf die Anfrage des Abg. Scheel wegen des Verschwindens der Kupferminen erklärte Finanzminister Dieckhoff, die würt. Regierung wäre nicht befugt, hier Maßnahmen zu treffen. Das Reichsfinanzministerium habe von der Ausmünzung von 1 und 2 J. Stücken, weil erfolglos, abgesehen und bestimmt, daß die bezahlenden Beträge auf 5 oder 10 J nach oben abzurunden sind, und auch bei den würt. Staatsbanken werde diese Anordnung nachahmung finden. Das Maulwurfsgezei wurde sodann noch in allen 3 Lesungen einstimmig angenommen, mit einem Änderungsantrag des Zentrums, der Demokratischen Partei und des Bauernbundes, wonach die Entscheidung zum Maulwurfsgezei allgemein von der Ortsbehörde erteilt wird. Daraus wurde noch eine Reihe von Eisenbahneingaben erledigt.

Stuttgart, 26. März. Die Mitglieder der Zentrumsfraktion haben folgende Anfrage an das Arbeitsministerium gerichtet: Nach eingegangenen Mitteilungen gibt es Bezirke im Lande, in denen über die Hälfte der Schmelzbetriebe infolge Kohlenmangels still liegen, so daß weder die Geopanniere beschlagen, noch die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte rechtzeitig in Stand gesetzt werden können. Mit dem Arbeitsministerium bereit, hier beschleunigte Vorkehrungen durch dringende Zuweisung von Kohlen zu treffen, um die schwer gefährdete Feldbestellung sicherzustellen.

Staatsbeitrag an den Kanalverein.

Stuttgart, 26. März. Mitglieder sämtlicher Parteien haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag sollte beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, daß dem Südwestdeutschen Kanalverein zur Deckung seiner Anlagen und zur Ermöglichung weiterer Förderung seiner Werke und Aufführungstätigkeit ein erstmaliger Beitrag von 200000 M aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt wird.

Forderungen der Unabhängigen.

Stuttgart, 26. März. Am Samstag und Sonntag hält die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Württemberg hier ihre Landeskonferenz ab. Im „Sozialdemokrat“ erhebt sie folgende Forderungen: 1. Sofortige Einstellung der Mobilisation, 2. Zurückziehung aller würt. Truppen aus Norddeutschland, 3. Demobilisation aller eingezogenen Jüdissen, 4. Auflösung und Entwaffnung aller Einwohner-, Studenten- u. Reichswehren, 5. Organisation von Arbeiterwehren, 6. Aufhebung aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, 7. vollkommene Pressefreiheit und Befreiung der Zensur, 8. Entlassung aller politischen Inhaftierten.

Was sollen diese Rüstungen?

Stuttgart, 26. März. Unter dieser Überschrift richtet der „Sozialdemokrat“ an die Regierung die Frage, wer diejenigen seien, die in Stuttgart mobilisiert werden, und zu welchem Zweck dies geschehe. Er kommt dabei auch auf die Mobilisierung der Tübingen und Stuttgarter Studenten. Von zuständiger Stelle wird dazu bemerkt: Die würt. Re-

Unentbehrlich

wie das liebe Brot ist auch die Zeitung im Haus. Die spannungsvollen Zeiten mit ihren hastenden Ereignissen, die wir eben wieder erleben, gelien es doppelt, wie

wichtig und notwendig

eine Zeitung ist, die mit ruhiger Sachlichkeit ihre Leser über die Tatsachen unterrichtet und dabei unabhängig von jeder Partei dem Vaterlande und dem Wiederaufbau unseres gesamten öffentlichen Lebens zu dienen sucht.

Das Amts- und Angehörigen-„Der Gesellschafter“ wird nach wie vor mit Entschlossenheit diesen Aufgaben dienen und das Sprachrohr der Interessen seiner Leser sein.

Wir laden hienüt zum Bezug auf das II. Vierteljahr (April, Mai, Juni) 1920 höflich ein und bitten unsere gesch. Leser, das Abonnement auf den „Gesellschafter“ bei der Post oder den Trägerrinnen ungeschmälert zu erneuern.

Verlag und Schriftleitung „Der Gesellschafter.“

der Bedingung, daß die Gemeinde den Rest übernimmt. Bei der Festlegung des Uebernahmepreises wird eine von dem Bezirksrat bestellte Kommission mitbestimmen. — Auf den Verkauf von Raben wird eine Prämie von je 1 A gegen Ablieferung der Säuler festgesetzt. Im Interesse einer wirksamen Bekämpfung dieses schadenbringenden Raubvogels sollen die Nachbarbezirke eingeladen werden, eine gleiche Prämie zu gewähren. — Die Verlegung des Bezirkskrankenhauses mit Brennstoffen gestaltet sich im Hinblick auf den Mangel an solchen und die hohen Preise derselben immer schwieriger. Der Bezirksrat sieht sich genötigt, an die Gemeinden das dringende Ersuchen zu stellen, so nach ihrer Leistungsfähigkeit an die Bezirkskrankenhauverwaltung einige Km. Brennstoff gegen Bezahlung abzugeben.

Die stille Woche. Mit dem gestern im schönsten Frühlings-Sonnenglanz gefeierten Palmsonntag, der der Erinnerung an den Einzug Jesu in Jerusalem gewidmet ist, sind wir in die stille Woche eingetreten. Sie ist die Leidenswoche Christi, der uns durch Nacht und Schmerzen zum Erleider ward. Mit gekühnten Herzen ergeben wir uns dem zwingenden Eruch dieser Tage und bereiten uns vor auf den künftigen Karfreitag, an dem das Leid unseres Heilands seine Vollendung fand am Kreuz von Golgatha.

Bestellung unabhängiger Lehrer. Zum Amtsvorwieser wurden bestellt: Christian Dürschmadel-Rittensteig in Gieshütte; Georg Edle-Gerhardsen in Hatterbach; Friedrich Wagemann-Ragold in Dornmetzingen.

D. D. B. Am Freitag Abend fand im Gasthaus „Rose“ eine außerordentliche Versammlung der Jugendgruppe der Deutsch-Demokratischen Partei statt. Als Redner war G. Prof. Bauer erschienen, welcher über das Thema „Die Gründung der Parteien“ nach Wissensverles zum Vortrag brachte. Dieser Vortrag soll der Auftakt sein zu einer Reihe von Vorträgen allgemeiner, für unsere Jugend besonders wichtiger politischer und wirtschaftlicher Fragen. Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen und die Jugend zum Wissen um den Staat zu bringen ist das Arbeitsziel der Jugendgruppe der D. D. B.

Ständchen. Aus Anlaß der Festschreibung des Herrn Sem. Oberlehrer Köhler wurde diesem am Samstag Abend von den Seminaristen ein Ständchen dargebracht.

Militär- und Veteranen-Verein. Zu der am Sonntag Abend in der Traube stattgefundenen Generalversammlung hatten sich zahlreiche Mitglieder eingeladen, die Vorstand Vork der Eröffnung der Versammlung begrüßte. Vor Berleitung des Jahres- und Kostenberichts wurde der vorstehenden Mitglieder Genes. Hülpe, Rehle und Stahl in herkömmlicher Weise gedacht. Der amwesende Bezirksobmann Schalte hob die Vorzüge hervor, die der Verein seinen Mitgliedern gewährt und gab unter Hinweis auf die erfolgte Verschmelzung der Militär- und Kriegervereine in Gießhütten der Hoffnung Ausdruck, daß die beiden hiesigen Vereine flehentlich nebeneinander marschieren mögen. Vorstand Vork dankte sowohl dem Scheitführer und Kasser als auch dem verdienten Bezirksobmann Schalte für seine Bemühungen beim Bestehen des Militär-Kriegerbundes. Bei Behandlung von Punkt 3 der Tagesordnung „Aufstellung von Statuten“ wurden vom Vorstand zunächst die wichtigsten Punkte der Musterfassung, an die die neuen Statuten angelehnt werden sollen, verlesen und durchberaten. Hervorzuheben ist die Bestimmung über die Aufnahme der Kriegserhinterbliebenen in den Verein ohne Erhebung von Eintritts- und Beitragsgeld. Nach längerer Aussprache findet der Antrag betr. Erhöhung des Beitrags von 25 auf 30 J für aktive und von 20 auf 40 J für passive Mitglieder, wodurch jedes zugleich auch Mitglied der Sterbekasse wird, einstimmige Annahme. Der Uebnahme der Fürsorge für die Kriegserwitwen u. Kriegserhinterbliebenen stimmt die Versammlung einstimmig zu. Die weiteren Vorbereitungen u. die endgültige Abfassung der neuen Statuten trifft der Ausschuß. Schriftführer Vork wies noch auf die beiden hiesigen Kriegervereine hin, die dieselben Zwecke verfolgen u. betont die Zweckmäßigkeit einer Arbeitsgemeinschaft in örtlichen Verhältnissen; die Versammlung ist zwecks Frühlingssitzung mit der Vereinigung der Kriegsteilnehmer einverstanden. Die Renouveau ergaben keine Veränderung. Nachdem Ausschußmitglied Gabel die Frage des Kriegerevents als ausführlich behandelt und Anregung dazu gegeben hat, daß die Wünsche der Kriegsteilnehmer und Kameraden in dieser wichtigen Angelegenheit auch zum Ausdruck kommen mögen, schließt Vorstand Vork unter Dankesworten die Versammlung, die vom Geist echter Kameradschaft getragen war.

Für treue Dienste. Den Holzhanerobmannern Michael Kern in Simmersfeld, Karl Rau in Poppelthal, Friedr. Vol. Reiche III in Enzthal, sowie dem Holzhaner Friedr. Treiber und der Kulturarbeiterin Anna Maria Krenle von dort wurden von der Forstdirektion in Anerkennung langjähriger, treuegeliebter Dienste beim Forstamt Simmersfeld Ehrenurkunden nebst ansehnlichen Geldgeschenken verliehen.

Vogelbeobachtung. Bei dem gestrigen Beobachtungsgang konnte eine stattliche Anzahl unserer geliebten Sänger gehört und zum großen Teil beobachtet werden. Wie wir hören, findet nach Ostern unter dankenswerter Führung von Herrn Georgii ein weiterer Gang statt.

Es geht ums Ganze. In diesen Tagen muß jedermann über die Verhältnisse in Deutschland und der Welt

gierung hat mit der militärischen Einleitung von Stützpunkten in den Stuttgarter Kasernen nichts zu tun. Es handelt sich durchweg um Personen, die sich auf Veranlassung der Reichswehr dieser als Zeitfreiwillige zur Verfügung gestellt haben. Soweit unter diesen Leuten sich Angehörige der württ. Einwohnerwehr befinden, sind sie aus der Einwohnerwehr ausgeschaltet. Sie wurden verständigt, daß sie auf eigene Gefahr handeln und sich der Ausrüstungsgegenstände der Einwohnerwehr nicht bedienen dürfen, daß sie vom württ. Staat keinerlei Versorgungsgebühren erhalten und auch keinerlei Ansprüche auf Entschädigung irgendwelcher Art erheben können. Die Regierung hat also mit der Verwendung der Studentenschaft der Universität Tübingen und der Technischen Hochschule in Stuttgart nichts zu tun.

Co. Jugendarbeit in Württemberg.

ep. Im März 1919 haben sich sämtliche Zweige evang. Jugendpflege und Jugendfürsorge unseres Landes zu einer Landesvereinigung „Co. Jugendarbeit in Württemberg“ zusammenschlossen, über deren Organisation und Aufgabekreis der Vorsitzende, Stadtpfarrer Wüsterich, in einer letzten im Verlag des Stuttgarter Jugendsekretariats (Hochstr. 11) unter diesem Titel erschienenen Schrift berichtet. Wir entnehmen daraus, daß sich die Vereinigung aus drei Gruppen zusammenschließt: Zur ersten Gruppe gehört alles, was sich mit der Pflege des Kindesalters bis zur Schulentlassung beschäftigt, also Kruppen, Kinderhorte, Sonntagschulen usw.; zur zweiten Gruppe — Pflege der schulentlassenen männlichen Jugend — gehören die im Südb. Jünglingsbund zusammenschließenden Jünglings- und Jungmännervereine, Lehrlingsvereine usw.; die dritte Gruppe bilden die im Co. Verband zur Pflege der weiblichen Jugend zusammenschließenden Jungfrauenvereine, Bibel-, Reinholdtreife usw.; in die vierte Gruppe endlich fallen alle Zweige der eigentlichen Jugendfürsorge, u. a. Berufsberatung, Stellenvermittlung, Jugendsekretariate, Jugendgerichtshilfe, Erziehungs- und Rettungsinstitute. Träger der Vereinigung ist ein Landesauschuss, in den jede Gruppe fünf Vertreter entsendet. Außerdem bestehen in den Landesabteilungen auch wieder nach den vier Gruppen zusammengesetzte Bezirksauschüsse. Endlich ist noch geplant, möglichst in jeder Gemeinde örtliche Helferkreise ins Leben zu rufen, die die örtlichen Jugendverrichtungen zu fördern, der vielfältigen Jugendnot in ihrer Gemeinde nachzugehen und die Anregungen und Weisungen der leitenden Stellen (Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, örtliche Fürsorge-Organisationen) zur Durchführung zu bringen können. Ein vortrefflicher Vorschlag ist noch zu erwähnen: alljährlich soll als weicht sichtbarer Höhepunkt der ganzen Arbeit ein Jugendsonntag veranstaltet werden, eine Art christlichen Volksfestes, um dem im ganzen Land in Gottesdienst und sonstigen festlichen Veranstaltungen der Jugendarbeit besonders gedacht wird, um sie dem Volkswohlsein nahe zu bringen.

Eine derart organisierte Organisation wird dazu beitragen, daß für die Zusammenarbeit mit den neuen staatlichen Jugendämtern die nötigen freiwilligen Kräfte leicht erreichbar zur Verfügung stehen.

Weitere Nachtragsforderungen.

Stuttgart, 26. März. Dem Landtag ist eine 12. und 14. Nachtragsforderung zum Finanzgesetz für 1919 zugegangen. Im ersten werden 163 680 A für Personalaufwand bei den Verkehrsanstalten, Post und Vodenredampfschiffahrt angefordert, um eine Angleichung der Verhältnisse der Beamten ans Reich herbeizuführen. Die Ausgaben gelten für die Zeit vom 1. März 1920 an. Der 14. Nachtrag fordert 720 000 A für Ren- und Umbauten, nämlich Umbau des Westflügels des Schlosses in Tübingen zur Unterbringung des geographischen Instituts und der ursprünglichen Sammlung der Universität und für die Erweiterung des physikalischen Instituts der Technischen Hochschule in Stuttgart.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold den 29. März 1920.

Bezirksrat. In gemeinschaftlicher Sitzung der Bezirksräte von Nagold und Herrenberg, die am 25. d. Mts. hier stattgefunden hat, wurde die Sitzung des Bezirksverbands Nagold-Herrenberg zur Errichtung eines gemeinsamen Jugendamts mit dem Sitz in Nagold angelehnt. Der zur Verwaltung der Angelegenheiten des Bezirksverbands berufene Verwaltungsausschuss besteht aus den Mitgliedern der beiderseitigen Bezirksräte. Der Aufwand des Bezirksverbands wird, soweit er nicht aus eigenen Einnahmen gedeckt werden kann, auf die beiden Oberamtsbezirke in gleicher Weise wie der Bedarf der Amtskörperchaften umgelegt. Der Zeitpunkt der Errichtung des Jugendamts liegt nicht mehr fern. Die Anstellung von 2 Bez.-Fürsorgerrinnen soll in Kürze erfolgen. — Genehmigt wurden die Wirtschaftsgesuche des Friedr. Schuler z. „Löwen“ in Hatterbach, des Albert Kaiser z. „Cohen“ in Rohrdorf, ebenso das Gesuch der Anna Maria Guelm-Witwe z. „Rohren“ in Schillingen um Erlaubnis zum Weinausschank. — Die den Gemeinden obliegenden Kosten der polizeilichen Maß- und Gewichtsprüfung werden aus Zweckmäßigkeitsgründen auf die Amtskörperchaft übertragen. — Die Bezüge der Kommunalverwaltungsangestellten erfahren eine zeitgemäße Erhöhung. — Sitzung vom 26. März 1920: Zunächst werden einige Anträge der Oberamtsparlisse zum Verwaltungsbetrieb erledigt. Festgesetzt wird sodann der Dienstvertrag und die Dienstausweisung für den Oberamtsparlasser. — Für den Konzeptschreiber zuzuschickenden Straßwächter Lehmann in Hainbrunn wird der Holzhaner Bernhard Wäge dafelbst zunächst in prov. Weise aufgestellt. An Stelle des vom Dienst zurückgetretenen Straßwächters Schmidt in Oberschwandorf wird Gottlieb Schuler dafelbst bestellt. — Um dem bestehenden Mangel an Kleingeldmangel abzuhelfen, werden bei dem württ. Münzamt in Stuttgart in 1. und 2 Pfennigstücke zur Herstellung angemeldet. — Bei der Viehabgabe an den Feindbund sind die Gemeinden, (wenn von einer Zwangsenteignung abgesehen werden soll) genötigt, für dasjenige Vieh, das im Preis über je bewertet ist als der Durchschnittspreis beträgt, Heberpreise zu leisten. Der Bezirksrat hat beschlossen, bei der Ansoberprüfung zu beantragen, einen Teil des zu gebenden Heberpreises (Unterschied zwischen Höchst- und Abtreibungspreis) auf die Amtskörperchaft zu übernehmen, unter

aufs genaueste unterrichtet sein. Dängt doch sein eigenes Geschick davon ab. Und wichtiger als je vorher ist jetzt für alle Männer der ehrlichen Arbeit die unerhördene deutsche Volkspresse. Handte jeder nach dieser Erkenntnis! Werde jeder dem „Gesellschafter“ neue Freunde!

ep. Tabakban und Volksernährung. Im württ. Landtag hat kürzlich bei den Beratungen über eine Eingabe der Tabakpflanzer der Abg. Oster erklärt: Die württ. Regierung solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Anpflanzung von Tabak, der ein Luxusartikel sei, mit Rücksicht auf die Volksernährung verboten und auch die Einfuhr unterbunden werde. Zum mindesten solle jeder Käufer beim Kauf einer Pgarre eine Brotmarke abgeben müssen. Der Abg. Pfleger fügte hinzu, daß gerade der arbeitenden Bevölkerung mit dem Anbau von Nahrungsmitteln besser gedient sei als mit dem Anbau von Tabak. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß die Mehrheit des Hauses auf diesem Standpunkt stand. — Jesh, wo wir vor einer schlimmen Ernährungsnot stehen, Tabak anpflanzen, ist einfach ein Unrecht an unserem Volk.

S. Walldorf, 26. März. Am 24. März sprach im hiesigen Gemeindefaal der Ortsgemeindeführer, Blarer Veil, über Konfession- und Simultanschule. Nach einer regen Diskussion wurde gegen eine Stimme die bekannte Resolution des Co. Volksbunds angenommen.

B. Oberschwandorf, 26. März. Am Sonntag fand die Begrüßung der heimgekehrten Kriegsgesangenen der Gemeinde mit einem Festgottesdienst in der Kirche statt. — Am Donnerstag hielt Blarer Veil einen Vortrag über die Schulfrage. Nach kurzer Debatte wurde die Entschließung des Coang. Volksbunds gegen eine Stimme angenommen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Ergenzingen, 25. März. Bei einem Uebungsschießen der Verkehrswehr Abteilung Eutingen war die Straße Ergenzingen-Eutingen nicht gesichert, so daß die Kugeln den ahnungslosen Passanten nur so um die Ohren pfliffen. Ein Glück, daß Menschen nicht zu Schaden kamen. Aufklärung zu schaffen und Anempfehlung von Vorsicht (Schulter) über dringend am Platze.

Stuttgart, 26. März. Der Bund der württ. Verkehrsbeamten schreibt uns: Unter der Ueberschrift: „Erhöhung der Beamtenbezüge ab 1. April“ ging eine amtliche Notiz des Wolffs Delegr. Büro Berlin durch die Presse, daß ohne Rücksicht darauf, ob die neue Besoldungsordnung bereits vom 1. April d. J. von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet werden wird oder nicht, die Reichsbeamten am 1. April neben ihrem Gehalt die um 150% erhöhten Steuerzulagen und die Kinderzulagen ausbezahlt erhalten als Voranschlag auf die ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zu gewährenden Bezüge. Diese Notiz ist eine bedauerliche Ungeauigkeit und eine Verletzung des Publikums, das zum Schaden der Beamtschaft und zum Schaden der Preisbewegung heraustrifft, daß ab 1. April die Steuerzulagen nur um 150% erhöht werden. Dies ist keineswegs der Fall. Die amtliche Bekanntmachung spricht nur überläufigerweise die Geneigtheit aus, ab 1. April bis auf weiteres die bisherigen Beamtenbezüge weiterzuführen.

Untertürkheim, 26. März. Die Betriebsratswahl bei den Daimlerwerken ergab für den Wahlvorschlag der Kommunistischen Partei 1573 Stimmen mit 5 Betriebsräten, für den der Mehrheitssozialdemokratie 1341 Stimmen mit 4 Betriebsräten, für den der Christlichen Gewerkschaften 213 Stimmen mit 1 Arbeiterrat, für den Vorschlag der U.S.P. 3445 Stimmen mit 10 Betriebsräten und 2 Arbeiterräten. Das ist ein starker Aus nach links bei den Arbeitern, der übrigens auch bei den Wahlen der Angestellten zu Tage trat.

Tübingen, 26. März. In den letzten Tagen erschien in der württ. Presse eine Notiz, in der davon die Rede war, daß ein belgischer Offizier in der Umgebung von Tübingen Lebensmittel gehandelt habe. Nach einer Mitteilung des verbandstaatlischen Uebervachungsausschusses handelt es sich um belgische Soldaten, die ohne Ermächtigung ihres Vorgesetzten die erwähnte Fahrt zum Kaufieren von Fleisch unternommen hatten. Die Handterer sind von ihrer vorgesetzten Behörde exemplarisch bestraft worden. Ein Offizier nahm an dieser Fahrt nicht teil.

Rottweil, 25. März. Bei den Unruhen in Offen hat auch ein Rottweiler das Leben eingebüßt. Ein Sohn des Oekonomien Josef Barthardt, der als Waidmeister bei der Reichswehr war, ist dort im Kampf um die Ordnung und Sicherheit gefallen. Seine Eltern haben gegen Ende des Krieges schon zwei Söhne verloren.

Mandelstetten, 25. März. Im Garten des Weingärtners Christian Rißler hier ist laut „Postillon“ schon seit Anfang der Woche an einem Portugieser-Weinstock schon ein deutlich entwickeltes Träubchen zu sehen, gewiß eine Seltenheit bei Frühlingsanfang. Die Knospen der Frühbirnen fangen auch an sich zu erschließen.

Der Salutaschlitten. Der Volksmund hat für die neue elektrische Straßenbahnverbindung von Oberach mit Bofel eine originelle und treffende Bezeichnung geprägt: Wie der „Oberl. Bote“ berichtet, heißt die Straßenbahn im Volksmunde „Der Salutaschlitten“.

Handels- und Marktberichte.

Friedrichshafen, 25. März. (Die hohen Holzpreise.) In Lunau bei Langenargen ist für einen Buchbaum der sabelhafte Preis von 19 000 A erzielt worden.

Familiennachrichten.

Kusmärkte.

Bestorben: Marie Sibold Wwe., geb. Kanier, Herren- al; Emilie Bött Wwe., Wübbad; Friedrich Ruff, Waldmeier, Neuenbürg; Gotthilf Erat, Jurichter, Remmelsbürg; Jakob Weinhardt, Lindenwirt, 46 Jahre, Weil im Schönbuch; Ottilie Ren geb. Schraibvogel, Rottensbürg; Rosa Schuler, 55 Jahre, Rottensbürg; Rosalie Schramm, 30 Jahre, Dettlingen.

Legte Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. Für die Nationalversammlung wird angekündigt, daß nach den Erklärungen des neuen Reichskanzlers erst Sitzungen der Fraktionen stattfinden, und dann erst die Volkssitzung mit der allgemeinen Aussprache, in welcher



Weis (Soz.), Haas (Demokr.), Holz (Str.) und Düringer (Völk.) sprechen werden.

Verstärkte Kampfanzeige der U.S.P.

Berlin, 29. März. Der Sonntag brachte 30 Versammlungen der U. S. P. D. Den Inhalt der Reden fasst die „Völk. Ztg.“ dahin zusammen: Die Unabhängigen wünschen ein rein sozialistisches Kabinett unter Führung der Unabhängigen, fordern sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem rheinischen Gebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung u. der U.S.P. andernfalls werde die rote Armee weiterkämpfen und wenn sie unterliegen, würden die Bergwerke zerstört. Kunert drohte dazu den Berliner Generalstreik an, auf den im Ernstfalle gefasst zu sein, auch Lebedour in seinen Reden dringend erwähnt. Crispian schilderte das geschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in den politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Geschichte der Gewerkschaften.

Unter der Herrschaft der Kommunisten.

Blauen, 29. März. Gestern Sonntag hielt der Kommunistenführer Hölz aus Falkenstein unter gewaltigem Andrang eine Volksversammlung unter freiem Himmel ab. Nachdem Hölz gesprochen, zog er mit 5 Automobilen, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren, zunächst zur „Neuen Völk. Ztg.“. Deren Einrichtung wurde derart zerstört, daß das Erscheinen des Blattes auf lange Zeit unmöglich ist. Viele Druckmaschinen wurden auf der Straße verbrannt. Später verlangten Bewaffnete auf Automobilen von dem Cafébesitzer Erdmühl 100.000 M. Lösegeld und schleppten den Prokuristen Rudolf Erdmühl als Geisel fort. Seine junge Frau schloß sich ihrem Gatten freiwillig an. Nachdem 100.000 M. nach Falkenstein gebracht waren, wurden die Verschleppten freigegeben.

Das neue Kabinett.

Berlin, 29. März. Das neue Koalitionskabinett mit

Hermann Müller als Reichstkanzler ist gebildet. (Die nähere Meldung darüber liegt uns noch nicht vor.)

Das „Berl. Ztbl.“ fordert einen besonderen Minister des Neuen und spricht von einem Uebergangskabinett auf der Grundlage der Koalition.

Die Berliner Morgenblätter äußern sich zur Regierungsbildung. Die „Deutsche Völk. Ztg.“ bezeichnet es auch als außenpolitisch wichtig, daß Hermann Müller Reichstkanzler geworden ist, denn ihm danke man die Ueberzeugung im Ausland, daß am deutschen Völkern kein Zweifel berechtigt sei.

Drohende Riesenaußperrung in Dänemark.

Berlin, 29. März. Wie dem Lok.-Anz. aus Kopenhagen gemeldet wird, wird der dänische Arbeitgeberverband übermorgen die Aussperrung von 110.000 Arbeitern, die am 9. April in Kraft tritt, bekannt geben.

Für die Schriftleitung verantwortlich Bruno Wilhelm Müller, Nagold. Druck u. Verlag der W. W. Rother'schen Buchdruckerei (Max Häberle) Nagold.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Schweinekauf im Schweinehandel.

In der letzten Zeit sind häufig Zuchtschweine (Bäuer, Mutterschweine und Eber) über 25 kg, entgegen § 16 Abs. 4 der Verfügung der Fleischverorgungsstelle vom 9. September 1919, Staatsanzeiger Nr. 208 ohne Zustimmung der Fleischverorgungsstelle erworben oder veräußert worden. Dazu ist stets die Genehmigung der Fleischverorgungsstelle einzubringen. Dem Antrag auf Genehmigung ist vom Käufer eine Bescheinigung seines Ortsvorstehers beizufügen, daß er nicht Händler ist und daß er im Besitze der zur Haltung und Zucht erforderlichen Einrichtungen und erforderlichen der erlaubten Futtermittel ist.

Die Ausstellung von Wandergewerbebescheinigungen für Schweinehändler kann gemäß § 16 Abs. 3 nur erfolgen, wenn die Antragsteller im Besitze eines von der Fleischverorgungsstelle ausgestellten Handelscheines sind. Dem entgegen etwa ausgestellten Wandergewerbebescheinigungen sind ungültig und an das Oberamt zur entsprechenden Abänderung zurückzugeben. Personen, die Schweinehandel treiben, ohne im Besitze eines Handelscheines zu sein, machen sich nach § 21 obengenannter Verfügung strafbar. Die Kontrolle der Handelscheine auf den Märkten wird künftig verschärft.

Die (Stadt-) Schultheißenämter werden ersucht, dies wörtlich bekanntzugeben. Nagold, 27. März 1920. Oberamt: Mü n g.

Die oberamtliche Verfügung vom 13. 2. 20 betreffend Schließung des Reggerbetriebs des Otto Köhm s. Krone in Sulz (Gesellschaft Nr. 37) ist durch heutige Verfügung mit Wirkung vom 16. 4. 20 ab wieder aufgehoben worden. Nagold, 27. März 1920. Oberamt: Mü n g.

Ebhausen.

Der angezeigte

Stangenverkauf

am Mittwoch, 31. März, nachmittags 3 Uhr findet nicht im Mühlberg sondern im Klümmen statt. Den 27. März 1920.

1463

Schultheißenamt: Denaler.

Hochdorf O. Horb.

Die Gemeinde verkauft

8,78 Fm. Pappelholz meist III.-V. Klasse. Angebote wollen bis 6. April d. Js. in Begleiten der Forstjare 1920 hieher eingereicht werden.

Schultheißenamt.

Ab 1. April tritt die neue Steuer für Cigarren und Cigaretten in Kraft. Wir empfehlen unseren verehrl. Abnehmern, sich vorher noch reichlich hierin zu decken.

Wir machen Sie auf unser reichsortiertes, verhältnismässig billiges Lager aufmerksam.

Berg & Schmid.

Schreiner

für erstklassige Arbeiten sucht bei bester Bezahlung Wilhelm Hug :-: Möbelfabrik :-: Pforzheim Reichstraße 82.

Achtung!

An- und Verkauf

v. gebrauchten Ziehharmonikas im Spezialgeschäft für Reparaturen an Harmonikas Gebr. Pohlsofer, Pforzheim, Betzstraße 27.

Wegen Gutbelichkeit sehr Unterzeichneter ein schönes, gut erhaltenes, innen u. außen mit Lackfarbe gestrichenes

Gerätehäuschen mit gutem Zustand dem Verkauf aus, welches sich sehr gut als Garten- oder Bienenhäuschen eignet. 1455

Jak. Luz.

Ebhausen. 1472

Saat-Wicken Futter-Erbisen Klee- und Grassamen

empfehlen in neuer Ware Aug. Köhler.

An unsere verehrl. Abnehmer von Heizmaterial für Hausbrand u. Gewerbe!

Wir teilen höf. mit, daß wir Bestellungen für Kohlen auch für die nächste Versorgungsperiode wieder entgegennehmen. Wir bitten aber solange zu warten, bis die oberamtliche Regelung der Versorgung erfolgt und bekannt gemacht worden ist. Alsdann bitten wir um gütige Aufträge. 1445

Berg & Schmid.

Neue Höhere Handelsschule Calw

(Schwarzwald) Schülerheim (Gegr. 1908)

Real-Abteilung: Sechsklassige Realschule mit Vorbereitung für die 14. Einjährigen-Prüfung

Kandels-Abteilung: 6 monatig. Handelskurse Akademie-Kurse Praktische Uebungskontor.

Prospecte u. Auskunft durch d. Schulleiter, Kägel u. Pfleber.

Neuanfang am 21. April 1920.

Die hier anschließende Kaufmannschaft von Juli 1907/18, sowie die Befähigung von 10% aller Bäckereibesitzer, Unswaltingen und 10% aller Lebensmittelhändler doppelter Fachbildung an 11 Tagen in jedem Jahressemester

verschiedene, praktische und theoretische Kurse: Handel und Material buchhalterische Abteilungen

aus 11-jähriger Praxis zu erlangen.

Karl Hecht

Höher-Lehrer und kaufmännischer Sachverständiger

Stuttgart-Gablenberg.

Ein neues Abonnement auf

Zeitschriften und Lieferungswerke

beginnt am 1. April 1920.

In Bestellungen ladet höf. ein

G. W. Zaiser

Buchhandlung, Nagold.

Probenummern umsonst.

Achtung!

Altes Eisen, Schuhe, Kopfhaare, gestricke Wolle, Lumpen und Papier

kauf und zahlt die höchsten Tagespreise 1460

Morlock, Nagold.

Bruchleidende

Eine Erlösung von dauernder Qual ist das berühmte Spranzband

Deutsches Reichspatent 1461

kein Gummiband, ohne Federn und ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig.

Mein Vertreter ist am Mittwoch, den 31. März mit Mustern in Nagold im Gasthof zum Röhle von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr für alle Bruchleidende zu sprechen.

Prospecte versendet kostenlos der Erfinder und Hersteller Hermann Spranz, Unterkochen.

Ebhausen

Soeben eingetroffen:

Ein Paar schöne neue Matratzen, sowie 2 neue federleimene Bettdecken,

sehr geeignet für Brautleute.

ein vollständiges Bett,

mehrere schöne Divans,

Sessel in großer Auswahl,

sowie einzelne Bettstellen und sonst noch verschiedene Möbel.

Liebhaber sind freundlich eingeladen. 1470

Albertine Barth z. „Linde“. Telefon 18.

Ich suche zu alsbaldigem Eintritt für meine Landwirtschaft etc. einen noch jüngeren durchaus ehrl. und fleißigen

Knecht,

der wenn möglich auch mit Pferden umgehen kann und ein guter Pferdepfleger ist.

Grünbaumwirt S a i t t, E t t m a n s w e l l e r.

Sofort oder auf 1. April wird ein tüchtiges 1471

Mädchen

für Zimmer- und Hausarbeit gesucht, das auch etwas servieren kann. Hoher Lohn und gute Behandlung wird zugesichert.

Gutspächter Könekmamp, Kurhans Schöneck b. Durlach.

Ich unterzeichneter, kaufe im Aukttrag jedes Quantum guten 1443

Obstmost

gegen höchsten Preis. Offerten wollen gemacht werden an

Wih. Möbinger in Gallingen. 1473

Wählen Sie bei der allbekanntesten Marke

Breisgauer

Kunstmohntausch

in verbesserter Form mit Heidelbeer-Zusatz und achten Sie beim Einkauf auf die Schirmmarke.

Ab 1. April sollen Mostfabrikanzen besteuert werden und empfehle ich daher frühzeitige Eindeckung

Wieder Lager durch Mostfabrikanzen. Kauterfälle verlangen Sie Prospecte direkt vom Hersteller Edward Palm Freiburg i. B.

Aufklebaddressen bei G. W. Zaiser, Nagold.

Bügelkohlen

sind wieder eingetroffen bei

Karl Bertsch.

Eierfarben

empfehlen

Löwen-Drogerie

Gebr. Benz, Nagold

1469 Bahnhofstr.

Neu

hat zu verkaufen.

Zu erst bei der Geschäftsstelle ds. Bl. 1440

1 reihförmige, hornlose

Ziege

mit 2 Jungen

seht dem Verkauf aus.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 1462

In der Obsthandlung Reich sind folgende schöne 1473

Speise-Gelberüben

das Pfund zu 50 Pfg. und

schöne Tafeläpfel das Pf. zu 1. 20 J zu haben.

Oster-Karten

empfehlen

H. W. Zaiser, Nagold.

Golddraht

1-1/2 hoch, gerollt und

mit 1/2 Zoll dicken

Goldgarn

1-1/2 hoch, gerollt und

mit 1/2 Zoll dicken

Goldgarn

1-1/2 hoch, gerollt und

mit 1/2 Zoll dicken

Goldgarn

1-1/2 hoch, gerollt und

